Stand: 13.12.2025 08:19:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12620

"Eine echte Koalition mit dem Volk: CETA im Bundesrat ablehnen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/12620 vom 19.07.2016
- 2. Plenarprotokoll Nr. 81 vom 20.07.2016
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13719 des BU vom 20.10.2016
- 4. Beschluss des Plenums 17/14257 vom 10.11.2016
- 5. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

19.07.2016 Drucksache 17/12620

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Eine echte Koalition mit dem Volk: CETA im Bundesrat ablehnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der Forderung des Volksbegehrens "Nein zu CETA!" nachzukommen und das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada im Bundesrat abzulehnen.

Begründung:

Am vergangenen Wochenende haben bereits mehr als 50.000 bayerische Bürgerinnen und Bürger für das Volksbegehren "Nein zu CETA!" unterschrieben. Dass das notwendige Quorum von 25.000 Unterschriften in so kurzer Zeit 200-prozentig erfüllt wurde, ist in der Geschichte der bayerischen Demokratie einzigartig. Es zeigt, dass sehr viele Menschen in Bayern in sehr großer Sorge sind und den Abschluss dieses Abkommens nicht wollen. Die Staatsregierung darf dieses Signal nicht ignorieren, sondern muss es jetzt ernsthaft zur Grundlage ihrer Politik machen. Wahrscheinliche oder auch nur vermutete Vorteile von mehr freiem Handel mit Kanada können die Bedenken und erwarteten Nachteile bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht überwiegen. Eine echte Koalition mit dem Volk verlangt deshalb eine klare ablehnende Haltung im Bundesrat, zu der sich die Staatsregierung verpflichten muss.

(Unruhe)

Ich darf Sie noch einmal höflich bitten, die Plätze einzunehmen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir fahren mit der Abstimmung fort. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/12614. Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der FREI-EN WÄHLER auf Drucksache 17/12627. Dazu ist eine zweigeteilte Abstimmung über den ersten Absatz und über den zweiten Absatz beantragt worden.

Ich lasse jetzt über den ersten Absatz des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Dann lasse ich über den zweiten Absatz dieses Antrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/12615 mit 17/12621 sowie 17/12628 und 17/12629 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkte 7** bis **9** gemeinsam auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bestattungsgesetzes (Drs. 17/8884)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bestattungsgesetzes Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung (Drs. 17/10925) - Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung Gesetz zur Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung (Drs. 17/10903)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Mistol von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im April 2009 beschloss der Nürnberger Stadtrat, dass auf städtischen Friedhöfen nur noch Grabsteine aufgestellt werden dürfen, die in der gesamten Wertschöpfungskette nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt wurden.

Was danach kam, ist hinlänglich bekannt. Dass die Mühlen der Politik mitunter furchtbar langsam mahlen, obwohl man sich in der Sache einig ist, zeigt sich an den vorliegenden Gesetzentwürfen sehr deutlich. Es brauchte nicht nur mehr als sieben Jahre, sondern auch zahlreiche Initiativen insbesondere der Opposition, von den GRÜNEN und der SPD. Beschlüsse des Landtags und Absichtserklärungen der Staatsregierung waren vorhanden, bis hier und heute endlich ein Verbot von Grabmalen vorgenommen wird, die durch Kinderarbeit entstanden sind.

Kolleginnen und Kollegen, am 12. Juni war der Welttag gegen Kinderarbeit. Nach Schätzungen von UNICEF, ILO und Weltbank sind aktuell 168 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren Kinderarbeiter. Mehr als die Hälfte davon leiden unter Arbeitsbedingungen, die gefährlich und ausbeuterisch sind. Dabei haben sich fast alle Staaten der Welt dazu verpflichtet, jegliche Form der Kinderarbeit bis 2025 vollständig abzuschaffen. Auch wenn Gesetze allein nicht ausreichen, um Kinderarbeit zu bekämpfen, sind sie doch wichtig und senden eine klare Botschaft aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

20.10.2016 Drucksache 17/13719

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/12620

Eine echte Koalition mit dem Volk: CETA im Bundesrat ablehnen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Dr. Hans Jürgen Fahn Mitberichterstatterin: Mechthilde Wittmann

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundesund Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 48. Sitzung am 27. September 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

 Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 54. Sitzung am 20. Oktober 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.11.2016 **Drucksache** 17/14257

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/12620. 17/13719

Eine echte Koalition mit dem Volk: CETA im Bundesrat ablehnen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist bei allen Fraktionen der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es be (E) (G) (A)	edeuten:	Zustimmungser Ablehnungser Ablehnung eir	ustimmungsempfehlu empfehlung des Aussch npfehlung des Aussch ner Fraktion im Aussch einer Fraktion im Aussch	chusses mit Gegenstim nusses oder nuss	nmen
1.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unterzeichnung mit vorläufiger Anwendung von CETA verhindern! Drs. 17/10751, 17/13715 (A)				
			den Ausschusses für ngelegenheiten sowie	regionale Beziehunger	n
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A		Z
2.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerischen Handlungsspielraum ausnutzen: CETA ablehnen! Drs. 17/12337, 17/13716 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A		Z
3.	Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann u.a. SPD Faire Beschaffung durch den Freistaat Bayern – soziale und umweltbezoger Aspekte bei Vergaben des Freistaats stärker berücksichtigen Drs. 17/12426, 17/13717 (A)				ltbezogene
			den Ausschusses für ngelegenheiten sowie	regionale Beziehunger	ı
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A				

Anlage 1
zur 86. Vollsitzung am 10. November 2016

4.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD Ausbau erneuerbarer Energien in Bayerns Partnerregionen Drs. 17/12597, 17/13718 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
5.	Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Teibhausgas-Minderungspotenzial von Biokraftstoffen im Rahmen der Pkw- Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) verdeutlichen Drs. 17/12610, 17/13788 (E)				
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
6.	Dringlichkeitsantrag de Prof. Dr. Michael Piazo Eine echte Koalition m Drs. 17/12620, 17/137	olo u.a. und Fraktion (Fit dem Volk: CETA im	FREIE WÄHLER)	reibl,	
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		Z	
 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Transparenz beim Kauf von Fleisch – Verbraucherinnen und Verdas Recht auf Informationen zur Haltungsform Drs. 17/12697, 17/13684 (A) 					
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	

8.	Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. SPD Vorbild Bayern I: Fairtrade-Siegel bei Vergabe öffentlicher Aufträge als wesentliches Kriterium beachten Drs. 17/12698, 17/13720 (A)
	Votum des federführenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

9. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. SPD Vorbild Bayern III: Kommunen durch zentrale Beratungsstelle bei Vergabe öffentlicher Aufträge helfen, soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen und zu fairem Handel beizutragen Drs. 17/12699, 17/13721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. SPD Vorbild Bayern II: Zentrale Datenbank informiert über Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien durch Unternehmen Drs. 17/12700, 17/13722 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD Arbeitnehmerschutz als Grundlage für nachhaltige Entwicklung Drs. 17/12734, 17/13723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

zur 86. Vollsitzung am 10. November 2016

 Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten – naturschutzrechtlichen Ausgleich beim Netzausbau und sonstigen Umsetzungsprojekten der Energiewende minimieren

Drs. 17/12744, 17/13789 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		Α

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zentrale Servicestelle für die Öffentliche Vergabe Drs. 17/12967, 17/13724 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Bericht zur Mittelschule in Bayern Drs. 17/11807, 17/13889

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Fehlmeldungen bei der Polizei Drs. 17/12987, 17/13293

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat